



*Regelmäßig berät der Bürgermeister von Auerbach, Genosse Horst Schönherr (1. v.l.), mit Abgeordneten, Bürgern sowie Mitarbeitern des Rates über den Stand der Modernisierungs- und Rekonstruktionsarbeiten in der Kreisstadt. Eine neu entstandene Waffelbäckerei erfreut sich großer Beliebtheit.*

*Foto: FP/Betka*

munisten in den neugewählten örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten?

Getreu dem Grundsatz, daß sich erfolgreiche Kommunalpolitik immer auf erfüllte Pläne stützt, betrachten wir es als erste Verpflichtung jeder Volksvertretung, dafür zu sorgen, daß die Aufgaben des Volkswirtschafts- und Haushaltsplanes und die aus Anlaß des 40. Jahrestages der DDR eingegangenen Verpflichtungen zu ihrer gezielten Überbietung weiterhin zuverlässig realisiert werden. Dies wiegt um so schwerer, als der Kreis Auerbach mit der Produktion wichtiger Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Elektrotechnik, von Gardinen, Spitze, Herrenhemden, Damenblusen, Nachtwäsche, Berufsbekleidung, Trikotagen u. a. eine hohe Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung und den Export trägt. Kampfziel ist, im Jubiläumsjahr zusätzlich für 11 Millionen Mark Konsumgüter für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Worin sehen die Volksvertretungen und Räte ihre Verantwortung für diese Ziele? Konsequentermaßen sorgen sie sich um hohe ökonomische und soziale Wirksamkeit bei der Lösung jeder wissenschaftlich-technischen Aufgabe. Sie helfen, das Prinzip „Arbeitszeit ist Leistungszeit“ durchzusetzen und zu gewährleisten, daß in jedem Betrieb, jeder Genossenschaft mit geringerem materiellen und finanziellen Aufwand ein Mehr an verfügbarem Nationaleinkommen erwirtschaftet wird.

Diesem Anliegen dienen auch die im Kreis Auerbach vom FDGB und der Urania durchgeführten „Tage der ökonomischen Propaganda“, die „Schule der besten Erfahrungen“ mit den Direktoren der Betriebe, die Konferenzen der Neuerer und Rationalisatoren sowie zur territorialen Rationalisierung, die bevorstehende Plandiskussion einschließlich der Plankonsultation der Kreisleitung und des Rates des Kreises mit ausgewählten Betrieben.

Der gesamte Entscheidungsraum des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen - so orientieren wir die Genossen Abgeordneten - soll ausgenutzt werden, um die territorialen Reserven für das Leistungswachstum zu erschließen und allen Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen günstigste Reproduktionsbedingungen zu sichern. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterstützung der Investitionsvorhaben in den Betrieben, unter anderem bei der rationelleren Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, der Bereitstellung erforderlichen Wohnraumes, der Sicherung einer effektiven Wärmezuführung bis hin zur Lösung von Umweltproblemen. Dabei bewährt sich unsere Ständige Kommission des Kreistages „Planung und territoriale Rationalisierung“. Viel versprechen wir uns von dem „Leitaktiv territoriale Rationalisierung“. Es wird vom Vorsitzenden des Rates des Kreises geleitet und befaßt sich mit der Klärung prinzipieller Positionen zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und ihrer effektiven Koordinierung im Territorium. Aktiviert werden Arbeitsgruppen für die territoriale Rationalisierung, die aus kompetenten Vertretern zum Beispiel gleichgelagerter Betriebe der Textil- bzw. Bekleidungsindustrie bestehen. Mit zwingenderen Maßnahmen sind Niveauunterschiede zwischen Betrieben abzubauen und durch die Partnerschaft von zentral und bezirksgeleiteten Betrieben zusätzlich Rationalisierungseffekte zu erzielen.

Für unsere örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte sehen wir eine weitere Aufgabe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit darin, sie noch wirksamer für die Bewältigung von Eingabenschwerpunkten anzuwenden.

Inzwischen - das kann man mit Fug und Recht sagen - ist in unserem Kreis ideologisch geklärt, daß die enge Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Territorium keine Ermessensfrage, sondern ein we-